

Herr Bundesrat Moritz Leuenberger
Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation
Kochergasse 10
3003 Bern

31. März 2009

Bundesbeschluss über die Finanzierungsetappe 2011-2014 für das Programm Agglomerationsverkehr – Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19. Dezember 2008 haben Sie uns eingeladen, zum Programm Agglomerationsverkehr Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit. Unsere Stellungnahme basiert auf einer internen Vernehmlassung bei unseren Mitgliedern sowie auf den Arbeiten der Infrastrukturkommission von economisesuisse. In der Infrastrukturkommission sind breite Kreise der Wirtschaft, einschliesslich des Gewerbes, vertreten.

1. Allgemeine Bemerkungen

economisesuisse hat die Bildung des Infrastrukturfonds unterstützt, denn Engpässe im Strassennetz verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten. Auch Massnahmen in den Agglomerationen und auf den Hauptachsen drängen sich auf. Ein gut ausgebautes, funktionierendes Verkehrssystem ist Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft und ein wichtiger Standortfaktor. Die vorhandenen Mittel sind aber effizient und für Infrastrukturprojekte einzusetzen, die aus volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Perspektive einen möglichst hohen Nutzen bringen.

Grundsätzlich sollen Verkehrsinfrastrukturen verursachergerecht finanziert werden. Wer Kosten verursacht und einen Nutzen bezieht, soll dafür auch einen entsprechenden Beitrag leisten. Nur so lassen sich falsche Anreize vermeiden. Die vorgeschlagenen Agglomerationsprogramme, die vorwiegend Investitionen in Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs vorsehen, aber ausschliesslich von den Strassenverkehrsbeteiligten finanziert werden, weichen ganz offensichtlich von diesem Prinzip ab. Wie im Bericht für die Vernehmlassung ausgeführt, stärkt das Programm Agglomerationsverkehr den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr in den Agglomerationen und verschiebt damit das Modal-Split zu Gunsten dieser Verkehrsträger. In der Zukunft soll das Prinzip einer möglichst verursachergerechten Finanzierung systematischer zur Anwendung kommen. Die Weiterführung bzw. der Ausbau der Umverteilung von Strassenmitteln zugunsten der übrigen Verkehrsträger wird von der Wirtschaft entschieden abgelehnt. Damit der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen zeitgerecht finanziert und realisiert werden kann, schlägt economisesuisse ein neues gesamtheitliches Konzept zur Finanzierung von Verkehrsinfrastrukturen vor. Die Eckwerte des in der Infrastrukturkommission von economisesuisse entwickelten Finanzierungskonzepts finden Sie in unserer Stellungnahme zum Programm Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen, die parallel zum Programm Agglomerationsverkehr entwickelt wurde.

2. Programm Agglomerationsverkehr

Die vorgeschlagene Verteilung der Mittel aus dem Infrastrukturfonds stellt einen positiven Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen dar. Ein gut funktionierender Agglomerationsverkehr dient nicht nur der Lebensqualität der Bevölkerung, sondern auch der Stärkung des Wirtschaftsstandortes.

Das gewählte stufenweise Vorgehen zur Projektauswahl sichert einen Fokus auf die Massnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis, was zu begrüssen ist. Auch die Abstufung der Beitragssätze des Bundes nach Programmwirkung setzt positive Anreize für einen sinnvollen Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen. Demnach müssen Kantone für teure und weniger wirksame Programme tiefer in die Tasche greifen. Der Nachteil des gewählten Vorgehens besteht aber darin, dass im Infrastrukturfonds ein fixer Betrag für die Agglomerationsprojekte politisch gesetzt wurde (6 Mrd. Franken), selbst wenn bei ganzheitlicher Betrachtung gegebenenfalls ein Teilbetrag besser für höher zu priorisierende Projekte von nationaler Bedeutung zu verwenden gewesen wäre. Seitens unserer Mitglieder wird auch bemängelt, dass die Vorteile des Strassenverkehrs gegenüber den übrigen Verkehrsmitteln im Bericht für die Vernehmlassung nicht erwähnt sind. Weiter wurde auch die enge Definition einer Agglomeration in Frage gestellt.

Die Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie nimmt dazu wie folgt Stellung:

„La Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie approuve les mesures proposées dans le présent rapport, même si elle aurait souhaité que celui-ci propose une vision plus large du concept d'agglomération et prenne mieux en compte les problématiques liées aux infrastructures routières au sein des villes.“

Auch die Zürcher Handelskammer hätte sich einen klareren Fokus auf Strasseninfrastrukturen gewünscht:

„Dass die vorgeschlagenen Investitionen primär den Schienen- und Traminfrastrukturen der Agglomerationen zugute kommen sollen, ist nochmals zu überdenken, dürfen doch die Strasseninfrastrukturen nicht einfach vernachlässigt werden. Insgesamt ist die vorgeschlagene Verteilung der Mittel aus dem Infrastrukturfonds als Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen positiv zu werten.“

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Dr. Pascal Gentinetta
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Martin Kaiser, Fürsprecher
Mitglied der Geschäftsleitung

Kopie an:

- Dr. Hans Werder, Generalsekretär des UVEK
- Rudolf Dieterle, Direktor des Bundesamtes für Strassen (ASTRA)
- Dr. Max Friedli, Direktor des Bundesamtes für Verkehr (BAV)
- Christoph Küng, Direktor a.i. des Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE)
- ARE, Sektion Verkehrspolitik